

Frankreich: Neofaschistin verliert, doch viele Fragen bleiben offen

Das Stimmverhalten vieler Wähler/innen/gruppen ist weit von rationaler Vertretung gesellschaftlicher Interessen entfernt. 53 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Auslandsfranzosen in Israel stimmten im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl am 10. April d.J. für den Rechtsextremen Eric Zemmour, welcher unter anderem das antisemitische Regime Philippe Pétains zu rehabilitieren versucht. Im zweiten Wahlgang nun, am vorigen Sonntag, stimmten rund zwei Drittel der überwiegend „farbigen“ Karibikfranzösischen und -franzosen für eine andere rassistische Kandidatin. Marine Le Pen zog auch 68 Prozent der abgegebenen Arbeiter/innen/stimmen auf sich. Was ist da nur los? Eine Gewissheit bleibt unterdessen: Die Renten„reform“ kommt in Kürze wieder frisch auf den Tisch, serviert durch eine künftige Regierung unter Emmanuel Macron; es sei denn...

Le pouvoir d'achat, also die Kaufkraft, lautete das zentrale Thema des diesjährigen Präsidentschaftswahlkampfes in Frankreich. In den Wählerinnen- und Wählerumfragen lag die Thematik, in Verbindung mit steigenden Lebenshaltungskosten und einer derzeitigen Inflationsrate von 4,5 Prozent, seit dem Frühherbst 2021 auf dem Platz Eins der Prioritätenliste bei den Befragten. Gefolgt wurde sie zunächst bis in die ersten Jahreswochen hinein durch die Covid-Epidemie, später dann durch den Ukrainekrieg und die internationalen Folgen. Erst auf den hinteren Plätzen, und nach Umwelt und Klima, folgten die durch die Rechtsextremen ebenso wie durch Teile der etablierten Politik unterhaltenen Dauerbrenner „*Zuwanderung*“ und „*Innere Sicherheit*“.

Politisch davon zu profitieren schien zunächst, auch wenn dies paradox wirkt, eine der beiden rechtsextremen Kandidaturen: die von Marine Le Pen, Chefin der Partei Rassemblement National (RN, „Nationale Sammlung“). Seit September 2021 bereits hatte sie es geschafft, die Thematik als im Zentrum ihres Wahlkampfes stehend darzustellen, während der Diskurs ihrer Partei noch in jüngerer Vergangenheit überwiegend *von „Immigration“, „Unsicherheit“* und den vermeintlich zwingenden Zusammenhängen zwischen beiden sowie zum Islam handelte. Le Pen hatte hier erfolgreich einen Schwenk vollzogen, bei dem nur ihr ebenfalls rechtsextremer Mitbewerber Eric Zemmour nicht mitzog. Doch letztendlich ging auch Le Pens Rechnung nicht auf, jedenfalls nicht dergestalt, dass sie wirklich in den Elyséepalast gewählt worden wäre.

Django: Tote reden nicht. Frankreich: Aber manchmal werden welche gewählt

Tote reden bekanntlich nicht. Aber manchmal werden sie gewählt, wie am vorigen Sonntag in Frankreich. Zwar reichte ihre Stimmenzahl nicht aus, um wirklich ins Präsidentialamt im Elyséepalast einzuziehen, doch einen Achtungserfolg erzielten etwa Napoléon Bonaparte oder der frühere Staatspräsident Jacques Chirac – er ist im September 2019 verstorben (Chirac, nicht Bonaparte) – dank einiger Wählerinnen und Wähler. Aus einem Stimmbüro im 19. Pariser Stadtbezirk wurde vermeldet, neben den Vorgenannten sei auch für „**Pokémon**“ und „**Micky Maus**“ gestimmt worden. Auf einem mit Toilettenpapier ausgestopften Wahlscheinumschlag stand demnach zu lesen: „**Jesus sei gesegnet**“. Andernorts heimsten die Fußballstars Zinedine Zidane und Kylian Mbappe einige Stimmen ein. Diese hatten zwar ebenfalls keine Bewerbungsunterlagen für die diesjährige Präsidentschaftswahl eingereicht, doch sind immerhin lebendig. Und ungekreuzigt, bisher jedenfalls.

Die Zahl der ungültigen Stimmen erreichte in der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahl, laut dem Endergebnis aus dem Innenministerium, insgesamt 8,6 Prozent und die der Wahlenthaltungen 28,0 Prozent. Das ergibt zusammen einen neuen Rekordwert von Wahlverweigerungen, die der (in der Endrunde) auf den Wirtschaftsliberalen Emmanuel Macron und die oft fälschlich als Populistin bezeichnete Neofaschistin Marine Le Pen verengten Auswahl entgegengebracht wurden. Und es stellt ein politisches Phänomen für sich dar.

Dennoch hatte der Linksozialdemokrat und Linkspatriot Jean-Luc Mélenchon Unrecht, als er am Sonntag Abend (24. April 22) alsbald behauptete, Macron sei der „**am schlechtesten gewählte**“, also mit der geringsten wahldemokratischen Legitimität ausgestattete Staatspräsident in der Geschichte der 1958 begründeten Fünften Republik. Es hat in Wirklichkeit einen Amtsvorgänger Macrons gegeben, dessen Wahl mit einer noch höheren Stimmenthaltung von 31,2 Prozent einherging. Es handelte sich um den Postgaullisten Georges Pompidou, dem im Jahr 1969 mit dem Mitte-Rechts-Politiker Alain Poher ein Gegenkandidat aus ungefähr demselben politischen Lager in der Stichwahl gegenüberstand. Aus diesem Grund wurde die zweite Wahlrunde damals in breiten Kreisen als ein gähnende Langeweile ausströmendes Ereignis betrachtet, und der seinerzeit populäre KP-Kandidat Jacques Duclos bezeichnete – nach seinem Ausscheiden in der ersten Runde – die damalige Stichwahl mit einem bis heute berühmt bleibenden Ausspruch als eine Entscheidung zwischen **bonnet blanc** und **blanc bonnet**; also eine zwischen zwei jeweils weißen Zipfelmützen. Wenn nun allerdings bürgerliche Medien Mélenchon Lügen strafte, da er sich über

den Enthaltungsrekord geirrt habe, muss Erwähnung finden, dass der Anteil ungültiger Stimmen 1969 mit 6,4 Prozent niedriger lag als jetzt. Insofern lag der Linkspolitiker nicht völlig falsch, auch wenn er sich punktuell irrte.

Ähnlich unspannend wie die Auswahl zwischen der Zipfelmütze Pompidou und dem Mützenzipfel Poher war die Entscheidung vom vorigen Sonntag zwar in der Sache nicht. Standen doch dem bürgerlichen Demokraten Emmanuel Macron, mitsamt seinem klassenpolitisch elitären Profil, eine eindeutig aus dem Spektrum faschistischer Politik kommende Präsidentschaftskandidatin gegenüber. Und erstmals durfte Marine Le Pen sich zeitweilig auch echte Chancen auf die Wahl ins Präsidentschaftsbüro ausrechnen. Lag sie doch in den frühesten demokratischen Erhebungen zur Stichwahl, an den ersten beiden Tagen nach der Vorauswahlrunde vom 10. April d.J., bei bis zu 49 Prozent der Stimmabsichten gegenüber 51 Prozent für den Amtsinhaber. In den beiden Wochen zwischen den Wahlgängen ging dann allerdings die Schere zwischen beiden zunehmend auf, zugunsten Emmanuel Macrons.

Der aufhaltsame? Aufstieg des Rassemblement National

Völlig sicher konnte man sich allerdings bis zuletzt nicht sein, und in EU-Kreisen in Brüssel wie im französischen Arbeitgeberraum und anderswo wurde bereits ernsthaft über Szenarien diskutiert, in denen es um den Umgang mit einem nicht länger nur imaginären, sondern wirklichen Wahlsieg der rechtsextremen Spitzenfrau ging. Auch wenn Le Pen letztendlich ihrem Gegenkandidaten unterlag, so zeigt die Entwicklung zwischen ihren insgesamt drei Präsidentschaftskandidaturen doch einen Verlauf, der für die mittlere Zukunft vorzeichnet, dass es auch tatsächlich einmal anders ausgehen könnte: 2012 schied sie mit 17,9 Prozent der Stimmen als Drittplatzierte vor der Stichwahl aus, 2017 scheiterte sie als Zweitplatzierte mit 33,9 Prozent in der Stichwahlrunde. In diesem Jahr verlor sie erneut mit nunmehr 41,5 Prozent. Lagen vor fünf Jahren insgesamt 10,1 Millionen Stimmen zwischen ihr und Macron, waren es dieses Mal insgesamt 5,4 Millionen.

Scheiterte Marine Le Pen, so trug dazu - neben Faktoren wie der Mobilisierung von Prominenten aus Kultur, Sport und einem Teil der Wirtschaft gegen einen als bedrohliche Perspektive geschilderten rechtsextremen Wahlsieg - auch das Auftreten der Kandidatin des Rassemblement National (RN) bei der Fernsehdebatte mit dem anderen Stichwahlkandidaten am 20. April d.J. bei. Zwar knickte Le Pen im Laufe der diesjährigen Debatte nicht ebenso deutlich ein wie bei der

im allgemeinen Gedächtnis gebliebenen, für sie katastrophal verlaufenden Fernsehdiskussion zwischen ihr und Macron vor fünf Jahren. Hatte sie sich 2017 jedenfalls bei allen wirtschaftspolitischen Themen als schlicht inkompetent erwiesen, so hatte sie zwischendurch ausführlich Zeit, dazu zu arbeiten. Anders als 2017 wirkte sie dieses Mal keineswegs wie eine unwissende, schlechte Schülerin, die sich vor dem Volkswirtschaftslehrer Macron blamiert. Dennoch betrachteten laut einer Befragung in der Nacht nach der Debatte 59 Prozent der Teilnehmenden Emmanuel Macron als den Debattensieger, nur 39 Prozent Le Pen.

Dies hing vorrangig mit dem Inhalt ihrer Programmatik zusammen, stellten sich doch ihre vermeintlichen Wunderlösungen zu sozialen Fragen zumindest teilweise als inkonsistent heraus - oder aber als im Kern gar nicht wirklich unterschiedlich von dem, was auch bürgerlich-wirtschaftsliberale Politiker wie eben Macron selbst anbieten, wenn auch zum Teil mit Rassismus obendrauf garniert.

Inkonsistenz der Sozialdemagogie der neofaschistischen Kandidatin

So zog sie bei einer Kontroverse zum Thema Lohnerhöhungen faktisch den Kürzeren. Macron pries dazu sein Rezept an, das darin besteht, dass er die für die Unternehmen steuer- und sozialabgabenbefreite Lohn- oder Gehaltszulage, welche er im Winter 2018/19 in Reaktion auf die „Gelbwesten“proteste einführen lie - 1.000 bis 2.000 Euro Jahresprämie, die die Unternehmen von ihren Abgaben abziehen können – verdreifachen möchte. Demnach sollen die Arbeitgeber bis zu 6.000 Euro jährlich von ihren Steuern und Sozialabgaben abziehen können, schütten sie solche Sonderzahlungen aus. Le Pen hingegen schlug vor, den Unternehmen durch angeblich möglich gigantische Einsparungen durch das Abziehen der Kosten **von „Immigration und Sozialbetrug“** für die Sozialkassen finanzielle Spielräume zu verschaffen.

Dabei ist beiden gemeinsam, dass sie das Kapital im Verhältnis zu den von ihm beschäftigten Arbeitskräften nicht stärker belasten möchten, sondern zusätzliche Zahlungen durch Dritte finanzieren lassen würden – Steuerzahlende hier, „die Ausländer“ dort. Im Kern gefällt ein solcher Mechanismus einer nicht vom Kapital, sondern aus Drittmitteln finanzierten Lohnzulage den Rechten aller Couleur. Le Pens rechtsextremer Konkurrent Eric Zemmour wollte gar bis zu einem Viertel des Jahresgehalts über solche de facto steuerfinanzierten, also durch andere Lohnabhängige über ihre Einkommenssteuern mitbezahlten, Prämien ausschütten lassen. Auch die Konservative Valérie Pécresse versprach

vor der Präsidentschaftswahl, im Laufe der kommenden fünf Jahre **„die Löhne um zehn Prozent inflationsbereinigt zu erhöhen“**, ebenfalls durch den Abbau so genannter Lohnnebenkosten. Nur fiel bei ihr der Mechanismus etwas komplexer aus: Die Abgaben der Arbeitgeber in die Sozialkassen sollten sinken; die Lächer sollte jedoch der Staat durch Subventionen an diese Kassen stopfen, um dann die Regierung anderswo Gelder einsparen zu lassen, etwa durch die Abwälzung von Staatsaufgaben auf die Kommunen.

Le Pen entschied sich jedoch bei der TV-Debatte vom 20. April 22 dafür, den amtierenden Präsidenten aufgrund des Zulagencharakters zu attackieren: **„Wenn Sie einen Kredit für einen Wohnungskauf beantragen, dann interessiert die Bank sich für die Höhe ihres [Grund-]Lohns, nicht für Zulagen, die nicht dauerhaft sein müssen.“** Dies trifft zwar im Kern zu. Dennoch hatte Macron daraufhin sehr leichtes Spiel, ihr zu entgegnen: **„Aber Ihre Versprechen betreffen auch Zulagen! Als Präsidentin legen Sie ja nicht die Löhne fest, das tut der Arbeitgeber. Sie begünstigen Zulagen. Sie erhöhen nicht die Löhne, Madame Le Pen.“** Darauf wusste die Kontrahentin dann in der Sache nichts zu erwidern.

Enttäuschungen bei einer auch durch soziale Frustrationen motivierten Wählerschaft waren da vorprogrammiert. Auch wenn die Botschaft, dass Le Pen an der Stelle schlussendlich auch nichts wirklich Anderes zu bieten hatte als das Bestehende, nicht bei all ihren Sympathisant/inn/en auch wirklich ankam. Noch am Dienstag früh (26. April 22) wiederholte eine enttäuschte Wählerin Le Pens auf der Karibikinsel La Martinique vor einer Fernsehkamera buchstäblich wortgleich die Argumente Marine Le Pens während der Debatte von voriger Woche – Zulagen interessierten die Bank nicht bei der Wohnungskreditvergabe -, anscheinend ganz ohne registriert zu haben, dass Emmanuel Macron zwar bestimmt nicht das Argument als solches widerlegt, wohl aber Le Pens vermeintlichen Alternativvorschlag gründlich demontiert hatte.

Erstaunliches aus der Karibik

Auf den zu Frankreich zählenden Karibikinseln und in anderen „Übersee“gebieten schnitt Le Pen besonders hoch ab, mit erstaunlichen 69,6 Prozent auf der Insel Guadeloupe, je 60,7 Prozent auf La Martinique und in Französisch-Guyana. Anhänger/innen von Identitätspolitik, denen so genannten **People of colour** de facto als die vermeintlich besseren Menschen oder jedenfalls gegen

rechte Tendenzen gefeit erscheinen, dürften sich wundern; neunzig Prozent der betreffenden Wähler/innen/schaft zählen zu den Personen, die in der herrschenden Diktion und mit einem durchaus problematischen Begriff als „**farbig**“ bezeichnet würden. Die im Karibikraum sehr starke Bewegung von Corona-Impfgegner/inne/n (vgl.: <https://jungle.world/artikel/2021/48/impfrandale-unter-palmen>), durchmischt mit evangelikalen Strömungen und anderen irrationalen Erscheinungen sowie der Ablehnung der Immigration aus dem ärmeren Nachbarland Haiti, dürfte hier eine erhebliche Rolle gespielt haben. Le Pen hatte im Wahlkampf versprochen, alle wegen Impfverweigerung aus dem Gesundheitsdienst entlassenen Beschäftigten wieder einzustellen, unter Nachzahlung sämtlicher ausgebliebenen Löhne.

Irres Zeug von Ex-Linken

Ansonsten stimmten 71 Prozent der höheren Angestellten für Macron, und 68 Prozent der Industriearbeiterschaft (***jeweils des Teils, welcher an der Wahl teilnahm und überhaupt das Wahlrecht besitzt***) für Le Pen. Einige frühere Linke, die längst Le Pen als das kleinere Übel betrachten und ihr lediglich ihren mangelnden Willen zum EU-Austritt vorwerfen wie der ehemalige poststalinistische Parteikommunist Pierre Lévy - vormals Deutschlandkorrespondent der KP-Tageszeitung *L'Humanité* – und der ehemalige Anarchist Michel Onfray, beide Autoren in Onfrays Zeitschrift ***Front populaire*** (vgl.: <https://jungle.world/artikel/2020/31/volksfront-fuer-die-rechte>), fabulieren deswegen bereits fantasiereich vom „**Block der Volkskräfte gegen den elitären Block**“, den diese Stichwahl angeblich abbildete. Am Geld mangelt es zwar in Frankreich (für Viele), an Idioten aber mangelt es nicht.

Der durch Le Pen repräsentierte politische Block unterlag jedenfalls bei diesem Mal. Neu ausgemessen wird das jeweilige Gewicht der unterschiedlichen politischen Kräfte in Kürze bei den Parlamentswahlen vom 12. und 19. Juni d.J.. Seit dem Jahr 2002 finden diese stets wenige Woche nach der Präsidentschaftswahl statt. Bislang war dabei regelmäßig die Luft entwichen und jegliche Spannung draußen, da die Stimmbevölkerung dann - mehrheitlich - dem jeweils frisch gewählten Präsidenten auch eine politisch konforme Mehrheit in der Nationalversammlung geben mochte, um ihm sowie einem (von ihm) zu ernennenden Premierminister ein stabiles Regieren zu ermöglichen. Nicht so in diesem Jahr: Laut ersten Befragungen möchten 63 Prozent Macron zu einer ***Cohabitation***, also einem Nebeneinander mit einer anders orientierten Parlamentsmehrheit zwingen. Allerdings teilt sich dieses Potenzial auf eine Links- und eine Rechts-

opposition auf. Mélenchon erklärte bereits in der Woche vor der Stichwahl um die Präsidentschaft, auf diese komme es nicht so sehr an, sondern vielmehr darum, dass er im Juni d.J. zum Premierminister werde.

Es bleibt also einiger Druck in der französischen Innenpolitik. Und Vorsicht: Auch falls eine zu Macrons Kurs gegnerisch stehene Parlamentsmehrheit gewählt wird – lt. französischer Verfassung besitzt der Staatspräsident das Recht auf Auflösung des Parlaments. Auch wenn das beim letzten Mal, als ein Präsident davon Gebrauch machte (Jacques Chirac im April 1997), dies für ihn politisch gründlich schief ging, den statt der von ihm erhofften bürgerlichen Mehrheit kam dabei für die darauffolgenden fünf Jahre die sozialdemokratische Ära unter Lionel Jospin (als Premierminister unterstützt durch französische KP und Grüne) heraus. Dass Jospins Bilanz wiederum die Linke in einem katastrophalen Zustand zurückließ, steht wiederum auf einem anderen Blatt...

Thema Rentenpolitik

Auch die Rentenpolitik war im Wahlkampf ein Thema. Links, Rechts und im Macron-Lager.

Auf der politischen Linken warb die Wahlplattform Jean-Luc Mélenchons, **L'Union populaire** (ungefähr: die Union der sozialen Unterklassen) – eine Verbreiterung seiner bisherigen Wahlformation **La France insoumise**, „Das unbeugsame Frankreich“ – für die Festlegung eines gesetzlichen Renteneintrittsalters bei 60 Jahren, d.h. des Alters, ab dem ein Recht auf eine gesetzliche Rente geltend gemacht werden darf.

Ein solches (bei 60 statt zuvor 65) hatte der damalige sozialdemokratische Staatspräsident François Mitterrand 1981/82 eingeführt, doch die „Reform“ unter Nicolas Sarkozy 2010/11 setzte dem ein Ende und hob es auf mindestens 62 Jahre an. Wobei auch der andere Parameter in der Rentenpolitik zu berücksichtigen ist, also die der erforderlichen Beitragsjahre (früher 37,5 Jahre, ab den „Reformen“ von 1993 für die Privatwirtschaft und 2003 in den öffentlichen Diensten dann vierzig Jahre, seit der Sarkozy-Reform hingegen 41,5, nun seit einer anderen „Reform“ unter François Hollande von 2014 nun 43 Beitragsjahre für die künftige Verrentung der Jahrgänge ab 1973...

Ihrerseits rückte Marine Le Pen im Rahmen ihrer sozialen Demagogie die Altersgrenze „60“ in den Vordergrund ihrer Argumentation - während Emmanuel Macron (lt. einer Ankündigung vom 09. März d.J. sowie der Programmrede

Emmanuel Macrons vom 17. März d.J.) das Mindestalter für den Renteneintritt auf 65 erhöhen wollte, werde es mit ihr auf 60 bis 62 abgesenkt. Genauer auf 60 für jene, die vor dem Lebensalter von zwanzig zu arbeiten anfangen, und 62 für die Anderen. Parteifunktionäre des RN rückten diese Aspekte stark in den Mittelpunkt, bspw. rief Jean-Lin Lacapalle (ein langjähriger Kader des Front National und später des RN) anlässlich einer TV-Debatte zwischen den beiden Wahlgängen in den Raum, die Stichwahl zwischen Macron und Le Pen sei „**ein Referendum für oder gegen die Renten (erst) ab 65**“.

Allerdings verbirgt Marine Le Pen dabei, dass die Rente ihren Plänen zufolge dadurch keineswegs abschlagsfrei würde, sofern die Betroffenen nicht mindestens 42 Beitragsjahre zusammen haben oder 40 für jene, die vor dem Lebensalter von zwanzig zu arbeiten anfangen.

Nur für jene, die in besonders jungen Jahren in abhängiges Beschäftigungsverhältnis eintraten, hätte dies eine Änderung bedeutet; für das Gros der abhängig Beschäftigten würde sich in der Praxis kaum etwas verschieben. Wer ab 25 auf den Arbeitsmarkt kam, was angesichts der Ausbildungsstruktur (über drei Viertel eines Altersjahrgangs studieren in Frankreich, auch, weil es kein dem deutschen ebenbürtiges Berufsausbildungssystem gibt) seit längerem die Mehrheit betrifft, würde im Fall der Fälle auch unter Le Pen bis 67 warten müssen, um eine volle Rente in Aussicht zu haben. Enttäuschungen wären dabei also wohl vorprogrammiert gewesen....

Vgl. u.a.: <https://www.lesechos.fr/elections/presidentielle/presidentielle-marine-le-pen-prone-la-retraite-entre-60-et-67-ans-1387897>

und: https://www.lepoint.fr/presidentielle/presidentielle-marine-le-pen-renonce-a-la-retraite-a-60-ans-pour-tous-17-02-2022-2465263_3121.php

sowie: https://www.lepoint.fr/presidentielle/le-pen-macron-que-proposent-vraiment-leurs-reformes-des-retraites-19-04-2022-2472570_3121.php

Unter Emmanuel Macron, jedenfalls sofern er künftig über eine Parlamentsmehrheit verfügt, dürfte das Thema alsbald wieder auf den Tisch kommen. Wobei sein bisheriger Wirtschaftsminister (eine allgemein erwartete Regierungsumbildung infolge der jüngsten Präsidentschaftswahl steht derzeit noch aus), Bruno Le Maire, am Montag nach der Stichwahl – auf Nachfrage in einem Interview im öffentlich-rechtlichen TV hin – nicht ausgeschlossen wissen mochte, dass dabei von Regierungsseite her erneut der mittlerweile berühmte Artikel 49 (Absatz) 3 der französischen Verfassung zum Einsatz kommt. Also jener Artikel, welcher es einem Regierungskabinettt erlaubt, eine Sachdebatte mit der

Vertrauensfrage zu verknüpfen und dadurch die Aussprache im Parlament zum Thema abzuwürgen; wird ihm nicht das Misstrauen ausgesprochen, dann gilt der betreffende Text als verabschiedet.

Vgl.: https://www.huffingtonpost.fr/entry/reforme-des-retraites-le-maire-nexclut-pas-le-recours-au-493_fr_6266573ae4b0d07748628bb0

und: <https://www.tf1info.fr/politique/presidentielle-reforme-retraites-bruno-le-maire-ne-garantit-pas-que-le-49-3-ne-sera-pas-utilise-2217714.html>

Ihn (den Artikel 49-3) hatte der rechtssozialdemokratische Premierminister Manuel Valls im Frühjahr und Frühsommer 2016 benutzt, um die damalige umfassende „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs durchzudrücken; und die Regierung unter Präsident Macron und seinem damaligen Premierminister Edouard Philippe beschloss bei einer Sondersitzung am 29. Februar 2020, ihn ebenfalls einzusetzen, um die damals geplante Version der Renten„reform“ Macrons unter geringerem Zeitverlust durchs Parlament zu bringen. Dazu kam es damals bekanntlich nicht, denn der Ausbruch der Coronapandemie sorgte daraufhin dafür, dass dieses Vorhaben damals vorübergehend aufgegeben werden musste. (Es hatte im Dezember 2019 und im Januar 2020 auch massive Streiks dazu gegeben, diese waren jedoch Ende Februar 20 bereits beträchtlich zurückgegangen und hätten eine Annahme der Vorlage zu dem Zeitpunkt wohl nicht mehr verhindern können. Es war dann die Pandemiesituation, welche für eine Unterbrechung sorgte.)

Nun dürfte Le Maires Ausführungen vom Montag zwar voraussichtlich ihn den Posten im kommenden Regierungskabinett kosten; in der Sache jedoch bleibt das Thema auf dem Tapet, und Auseinandersetzungen darum dürften vorprogrammiert sein.

Artikel von Bernard Schmid vom 27.4.2022 - wir danken!

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [#presidentielles2022: Die EU atmet auf – doch Frankreich hat den Blues](#)
